

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

Mag. Stefan Jenewein
Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung

13. Mai 2016

zum Thema

**Wie sich Investitionen im Asylbereich auf die öö.
Wirtschaftslage auswirken:
Neue Studie zeigt regionalwirtschaftliche Effekte der
öffentlichen Ausgaben für Asylwerbende in OÖ**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Rückfragen-Kontakt:

Mag.^a Tina Schmoranz (+43 732) 77 20-12083 oder (+43 664) 600 72-12083

Wie sich Investitionen im Asylbereich auf die öö. Wirtschaftslage auswirken: Neue Studie zeigt regionalwirtschaftliche Effekte der öffentlichen Ausgaben für Asylwerbende in OÖ"

Die große Fluchtbewegung aufgrund der schweren Krise im Nahen Osten und von Krieg, Terror und Verfolgung Hunderttausender ist zuallererst eine humanitäre Herausforderung, die zu über 95 Prozent von der Region selbst getragen wird. Während Staaten wie Libanon und Jordanien einen Flüchtlingsanteil von 20 bzw. fast 25 Prozent aufweisen, liegt dieser in OÖ bei einem Prozent.

Mit heutigem Stand leben 13.713 Asylwerber/innen in der Grundversorgung von Land und Bund in Oberösterreich. Aber auch hier wird großartige Hilfe geleistet. Land, Bund, Gemeinden und 10.000 Freiwillige sind tagtäglich bemüht, nicht nur menschenwürdige Quartiere zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Integration voranzutreiben.

Vielfach ist in letzter Zeit die Debatte entbrannt, wie viele Kosten durch die aktuelle Flüchtlingsbewegung in (Ober-)Österreich entstanden sind.

In einer neuen Studie der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung von Mag. Jenewein unter der Leitung von Prof. Dr. Schneider wird nun dargestellt, welche wirtschaftliche Auswirkungen in OÖ durch diese Investitionen entstehen – welche regionalwirtschaftlichen Effekte diese Ausgaben in OÖ haben. Denn diese Investitionen bleiben in der Region.

Ergebnis der Studie: Den öffentlichen Ausgaben für 2015 und 2016 von 210 Mio. Euro stehen 236 Mio. Euro zusätzliches Bruttoregionalprodukt, 150 Mio. Euro zusätzliches verfügbares Einkommen und 3.220 Jahresvollzeitäquivalente bei der Beschäftigung gegenüber.

LR Rudi Anschober: „Das Studienergebnis zeigt klar, dass zusätzlich zu den humanitären Notwendigkeiten auch ein wirtschaftlich positiver Effekt in Oberösterreich durch die Flüchtlingsbewegung entsteht. Gelingt es uns jetzt im Zuge der Integration, auch von den mitgebrachten Fähigkeiten und Fertigkeiten zu profitieren und Nachqualifikationen für den Bedarf der Region und der Flüchtlinge zu verwirklichen, dann können wir aus der Fluchtbewegung eine echte Chance machen!“

**Neue Studie der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung:
Regionalwirtschaftliche Effekte der öffentlichen Ausgaben für
Asylwerbende in OÖ**

Ausgangsposition

Im Bundesland Oberösterreich befinden sich zurzeit rund 14.000 Personen in der Grundversorgung des Landes – das sind doppelt so viele wie im Schnitt des vergangenen Jahres 2015. Die Grundversorgung sowie die damit zusammenhängenden Aktivitäten wie etwa notwendige Investitionen und Adaptierungsarbeiten für Unterkünfte sind mit Kosten verbunden. So ist es wenig verwunderlich, dass diese steigenden Kosten mehr und mehr in den Fokus der öffentlichen Debatte rücken und das Thema Asylwerbende primär mit Kosten in Verbindung gebracht wird.

Allerdings stellen die im Zusammenhang mit der Versorgung und Unterbringung von Asylwerbenden anfallenden öffentlichen Ausgaben auch einen Nachfrageimpuls für die regionale Wirtschaft dar. So profitieren etwa Bau und Baunebengewerbe von der Investitionsnachfrage nach Adaptierungsarbeiten, dem Handel wiederum kommen die Konsumausgaben der Asylwerbenden zugute

und schließlich profitieren Institutionen, aber auch Private durch die Nachfrage nach Leistungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Asylwerbenden.

Ausgaben im Zusammenhang mit Asylwerbenden

Der größte Posten bei den öffentlichen Ausgaben stellt dabei die Grundversorgung selbst dar. Gesetzlich sind die Bundesländer im Rahmen dieser Grundversorgung zu Unterbringung und Versorgung jener Asylwerbenden verpflichtet, die zum Asylverfahren zugelassen sind. Die Kosten dafür werden zwischen Bund und Ländern (60:40) geteilt. Für das Jahr 2016 wird im Bundesland Oberösterreich in Summe mit rund 105 Millionen Euro an öffentlichen Ausgaben für die Grundversorgung gerechnet. Diese sind im ersten Jahr der Asylwerbephase im Schlüssel 60/40 zwischen Bund/Land zu tragen. Sollte ein Verfahren – und somit die Unterbringung in der Grundversorgung – die Dauer von einem Jahr überschreiten, so sind die Kosten zu 100% durch den Bund zu tragen.

Darüber hinaus sind Adaptierungsarbeiten und Investitionen in Unterkünfte und zur Errichtung – in erster Linie – mobiler Unterkünfte notwendig. Für 2016 rechnet das Land Oberösterreich mit 15 Millionen Euro an Kosten, was in etwa dem Doppelten des Vorjahres entspricht. Ebenfalls mit 15 Millionen Euro werden Integrationsmaßnahmen wie Bildungs- und Beratungsleistungen zu Buche schlagen.

Zu guter Letzt fallen Ausgaben für jene Asylsuchenden an, die nicht in Österreich um Asyl ansuchen, sondern lediglich durch Österreich reisen mit dem Ziel eines anderen EU-Mitgliedstaates. Für diese

Personen im Transit fallen für die Zeit ihres Aufenthaltes im Bundesland Oberösterreich ebenfalls Kosten im Zusammenhang mit Versorgung und Unterbringung an. Ende des Jahres 2015 erreichten diese Kosten mit monatlich rund 1,5 Millionen Euro aufgrund der vielen Transitreisenden ihren Höhepunkt, in jüngster Vergangenheit sind diese Ausgaben jedoch drastisch gesunken.

Regionalwirtschaftliche Effekte

Aus ökonomischer Sicht bedeuten all diese öffentliche Ausgaben Nachfrageimpulse, die die lokale Wirtschaft stützen. Bei den Berechnungen dieser regionalwirtschaftlichen Effekte werden dabei sowohl direkte und indirekte als auch induzierte Effekte berücksichtigt.¹

Im Jahr 2015 stieg das Bruttoregionalprodukt Oberösterreichs um 76,2 Millionen Euro und die verfügbaren Einkommen um 48,7 Millionen Euro. Darüber hinaus konnten 1.048 Jahresvollzeitarbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden. Die Effekte im Jahr 2016 sind größer als jene des Vorjahres, da die öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Asylwerbenden heuer wesentlich höher sein werden als im letzten Jahr. Darüber hinaus wirken auch die Nachfrageimpulse der öffentlichen Ausgaben des Jahres 2015 nach,

¹ Die Unterschiede zwischen diesen Effekten sind an einem Beispiel erläutert. Asylwerbende kaufen in einem Lebensmittelgeschäft Waren im Wert von 100 Euro (zusätzliche Nachfrage). Dafür muss der Lebensmittelhändler die Waren bei seinen Lieferanten einkaufen (Vorleistungen). Ist sonst niemand in diese Aktivität involviert, entstehen direkt beim Lebensmittelhändler und indirekt bei den Lieferanten sowie deren Mitarbeitenden Einkommen in Höhe von insgesamt 100 Euro. Diese Einkommen werden jedoch vom Lebensmittelhändler, den Lieferanten und den Mitarbeitenden wieder zum Teil ausgegeben (noch einmal zusätzliche Nachfrage). Dadurch entstehen bei anderen Unternehmen (in einer 2. Runde) wieder Einkommen, die diese wiederum ausgeben (noch einmal zusätzliche Nachfrage) etc. Es kommt zu sog. induzierten Effekten. Dieses Beispiel zeigt auch, dass zur Berechnung der regionalwirtschaftlichen Effekte die Berücksichtigung der induzierten Effekte zentral ist.

die teilweise zeitverzögert auch noch im Jahr 2016 – und darüber hinaus – ihre Wirkung entfalten.

Oberösterreich: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte

	Effekte im Jahr 2015	Effekte im Jahr 2016
Zusätzliches Bruttoregionalprodukt	€ 76,2 Mio.	€ 148,9 Mio.
Zusätzliche verfügbare Einkommen	€ 48,7 Mio.	€ 95,1 Mio.
Gesicherte / Geschaffene Arbeitsplätze [§]	1.048	2.039

[§] Jahresvollzeitäquivalente.

Quelle: GAW, 2016.

In Summe bedeuten die öffentlichen Ausgaben der Jahre 2015 und 2016 einen positiven Beitrag zum Bruttoregionalprodukt Oberösterreichs in Höhe von rund 236 Millionen Euro, die verfügbaren Einkommen erhöhen sich um gut 150 Millionen Euro. Darüber hinaus schafften bzw. sicherten diese Ausgaben in Summe 3.220 Arbeitsplätze (Jahresvollzeitäquivalente).²

Regionalwirtschaftliche Effekte in Oberösterreich



Quelle: Land OÖ, 2016. GAW, 2016.

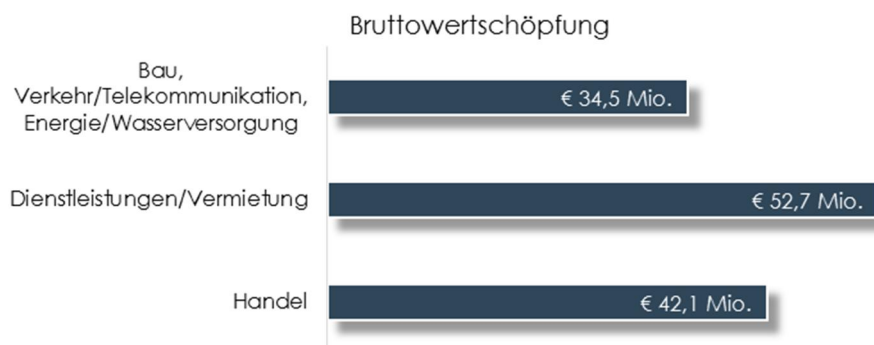
² Auf den Gesamteffekt von 3.220 Jahresvollzeitäquivalente bezogen bedeutet dies, dass 3.220 Personen ein Jahr lang oder alternativ 1.610 Personen zwei Jahre lang Vollzeit beschäftigt sein können.

Eine Vielzahl an Wirtschaftssektoren profitiert

Mit 52,7 Millionen Euro an zusätzlicher Wertschöpfung am Stärksten profitiert der Sektor „Dienstleistungen/Vermietung“.³ Es folgen die Sektoren „Handel“ mit gut 42 Millionen Euro und die Sektoren „Bau, Verkehr/Telekommunikation und Energie/Wasserversorgung“ mit knapp 35 Millionen Euro an Bruttowertschöpfung, die durch die öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Asylwerbenden hervorgerufen wird.

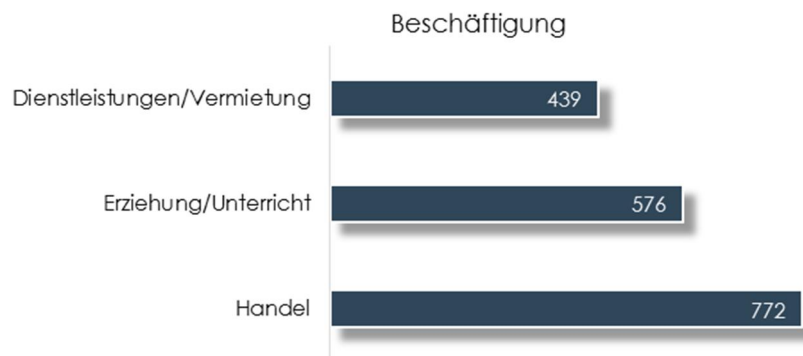
Die stärksten Beschäftigungseffekte verzeichnet mit 772 Jahresvollzeitäquivalenten⁴ der Handel. Es folgen die Sektoren „Erziehung und Unterricht“ mit 576 die Sektoren „Bau, Verkehr/Telekommunikation und Energie/Wasserversorgung“ mit 454 Jahresvollzeitäquivalenten.

Bruttowertschöpfung und Beschäftigung nach Sektoren



³ Zu beachten ist, dass dieser Sektor mit „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie „technische, freiberufliche, wissenschaftliche und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ gemäß VGR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) eine Vielzahl an Wirtschaftsaktivitäten umfasst.

⁴ Auf den Effekt von 772 Jahresvollzeitäquivalente bezogen bedeutet dies, dass 772 Personen ein Jahr lang oder alternativ 386 Personen zwei Jahre lang Vollzeit beschäftigt sein können.



Quelle: GAW, 2016. Die Zahlen sind Jahresvollzeitäquivalente.

Lesebeispiel: Auf den Effekt von 772 Jahresvollzeitäquivalente (Handel) bezogen bedeutet dies, dass 772 Personen ein Jahr lang oder alternativ 386 Personen zwei Jahre lang Vollzeit beschäftigt sein können.

Auch Bund, Land und Gemeinden profitieren

Im Zusammenhang mit den öffentlichen Ausgaben zur Versorgung und Unterbringung von Asylwerbenden fallen auch Steuern und Abgaben an. Dazu zählen indirekte Steuern wie etwa die Umsatzsteuer auf Produkte, die Asylwerbende kaufen, aber auch direkte Steuern (wie die Lohnsteuer) und Sozialversicherungsabgaben von jenen Personen, die Einkommen aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Grundversorgung erzielen.

Hier „profitiert“ zunächst der Staat, insbesondere der Bund bzw. die Sozialversicherung sowie in geringerem Ausmaß auch Oberösterreich bzw. seine Gemeinden (etwa in Form der Kommunalsteuer). Doch letztlich fließen diese Steuern und Abgaben – in welcher Form auch immer – zurück an Haushalte und Unternehmen.

Über alle Gebietskörperschaften zusammen können sämtliche indirekten und direkten Steuern sowie Sozialabgaben als grobe Schätzung mit rund 100 Millionen Euro beziffert werden. Dies bedeutet, dass zumindest ein Teil der öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Asylwerbenden durch diese Rückflüsse finanziert werden kann.